

Zentralredaktion des
Evangelischen Pressedienstes
in Frankfurt am Main.
Redaktionsbüros
in Berlin und Genf

Landesdienste in Berlin,
Düsseldorf, Frankfurt am
Main, Hannover, Karlsruhe,
Kassel, Kiel, München,
Speyer, Stuttgart

Herausgeber:
Evangelischer Pressedienst gGmbH
Kassel
Heinrich-Wimmer-Straße 4
34131 Kassel

Verantwortlicher Redakteur:
Christian Prüfer
Telefon (05 61) 93 07 – 1 29
Telefax (05 61) 93 07 – 1 55
E-Mail: kassel@epd.de

epd Kurhessen-Waldeck 42/10

-1-

30. November 2010

■ **Aufruf zum Dialog mit dem Islam - Herbsttagung der EKKW-Synode beendet - (Zusammenfassung)**

Hofgeismar (epd). Die Herbsttagung der Synode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) ist am Mittwochabend in Hofgeismar zu Ende gegangen. Sie begann am Montag mit dem Appell von Bischof Martin Hein, mit Muslimen in einen Dialog einzutreten. Hein, der sich in seinem Bericht vor der Synode zudem für einen islamischen Religionsunterricht aussprach, erhielt für seine Thesen tags darauf auch die uneingeschränkte Zustimmung des hessischen Integrationsministers Jörg-Uwe Hahn (FDP).

Hein hob zugleich hervor, dass zu einem differenzierten Umgang mit dem Islam auch gehöre, Christenverfolgungen und Menschenrechtsverletzungen in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit im Dialog deutlich anzusprechen und zu verurteilen.

Trotz großer theologischer Unterschiede könne ein christlich-islamischer Dialog gemeinsame ethische Positionen ermöglichen, so Hein weiter. Als Beispiel nannte er den Schutz des menschlichen Lebens auf der Erde. "So wird Humanität jenseits religiöser Unterschiede möglich", sagte er. Der eine Gott werde von den Menschen in der Geschichte allerdings auf unterschiedliche Weise erkannt.

Im Hinblick auf die kirchlichen Finanzen musste Vizepräsident Volker Knöppel den Synodalen mitteilen, dass trotz des Wirtschaftswachstums im laufenden Jahr mit Mindereinnahmen bei der Kirchensteuer in Höhe von fünf bis sechs Prozent zu rechnen sei. Der 2006 beschlossene Konsolidierungskurs müsse daher fortgesetzt werden.

Landesdiakoniepfarrer Eberhard Schwarz votierte in seinem Bericht für den Erhalt und die Ausweitung der insgesamt 221 evangelischen Kindertagesstätten in der EKKW, auch wenn diese die Kirche jährlich rund 3,7 Millionen Euro kosteten. Diese Tagesstätten seien ein unverzichtbarer Beitrag zur Bildung, Betreuung und Erziehung. Ferner wies er darauf hin, dass die zwölf regionalen Diakonischen Werke zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten gerieten.

Zur Lösung der Probleme regte er unter anderem die Gründung einer Diakoniestiftung an. Die Synode verabschiedete als Reaktion auf den Bericht von Schwarz einmütig einen Beschluss, in dem die hessische Landesregierung aufgefordert wird, die Förderung für Kindertagesstätten deutlich zu verbessern.

Weitere Tagesordnungspunkte waren die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts in Höhe von rund zwei Millionen Euro sowie verschiedene Kirchengesetze. Unter anderem

wurde ein aus dem Jahr 1970 stammendes Traugesetz den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Auch über den Stand des Kooperationsprozesses mit der südhessischen Schwesterkirche wurden die 95 Synodalen informiert. Hier soll es auf der Herbstsynode 2012 zur Verabschiedung einer Vereinbarung kommen. Die beiden Diakonischen Werke streben für 2013 eine Fusion an.

Schon im Vorfeld hatte Präses Rudolf Schulze die von vielen Synodalen als "unaufgereggt" charakterisierte Synode als eine "Synode der Berichte" bezeichnet. Diese Berichte sollten aber nicht nur gehört werden, sondern zum Handeln anregen. Von besonderer Bedeutung sei, dass man sich erstmals auf einer Synode mit dem Thema Islam befasst habe, hob Schulze hervor. (24.11.10)

■ **Kooperationsprozess zwischen EKKW und EKHN soll 2012 zum Abschluss gelangen**

Hofgeismar (epd). Der Kooperationsprozess zwischen der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) soll im Herbst 2012 zum Abschluss gelangen. Ein entsprechender Entwurf eines Kooperationsvertrages solle dann den beiden Synoden zum Beschluss vorgelegt werden, erklärte EKKW-Vizepräsident Volker Knöppel am Mittwoch vor der in Hofgeismar tagenden Synode.

Zuvor solle auf den Herbstsynoden 2011 über den Vertrag beraten werden, so Knöppel weiter. Die angestrebte Kooperation sieht eine gemeinsame Evangelische Akademie, ein gemeinsames Zentrum Mission und Ökumene, ein gemeinsames Pädagogisch-Theologisches Institut sowie eine enge Zusammenarbeit bei der Ausbildung des theologischen Nachwuchses vor. Neu in die Verhandlungen aufgenommen werden sollen nun auch die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Rechnungsprüfung, sagte Knöppel. Die Synode stimmte dem Zeitplan einmütig zu.

Im Herbst 2009 war eine entsprechende Vereinbarung von der Synode der EKKW angenommen, von der EKHN-Synode aber abgelehnt worden. Dies hatte insbesondere auf Seiten der EKKW zu Irritationen geführt. Der Prozess sei aber dadurch nicht zum Stillstand gekommen, bekräftigte EKHN-Präses Ulrich Oelschläger in einem Grußwort an die EKKW-Synodalen. Zwischen den Präsidien der beiden Synoden stimme derzeit die Chemie, dennoch habe man noch einen steinigen Weg vor sich. (24.11.10)

■ **Fusion beider Diakonischer Werke in Hessen für 2013 angestrebt**

Hofgeismar (epd). Mit der Umsetzung der geplanten Fusion der beiden Diakonischen Werke in Hessen soll 2013 begonnen werden. Dies gab Landesdiakonieparrer Eberhard Schwarz am Mittwoch vor der Synode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) in Hofgeismar bekannt. Schwarz, der von einem "ehrgeizigen Zeitplan" sprach, wies zugleich darauf hin, dass zuvor aber noch einige Gesetze von den Synoden beider hessischer Kirchen beschlossen und von Mitgliederversammlungen der Werke gebilligt werden müssten.

Zentrale Aufgabenbereiche, für die eine Lösung gefunden werden müsse, seien ein zukünftiges, gemeinsames Arbeitsrecht, die Frage der Finanzierung des gemeinsamen Werkes durch beide Kirchen sowie die strukturelle Einbindung der regionalen Diakonischen Werke.

Hauptstandort des neu entstehenden, gemeinsamen Diakonischen Werkes solle Frankfurt sein, so Schwarz weiter. In Kassel sei ein Beratungs- und Dienstleistungszentrum vorgesehen. Betriebsbedingte Kündigungen, so versicherte Schwarz, werde es durch die Fusion nicht geben. Die Zusammenführung erfolge zudem unter aktiver Beteiligung der Mitarbeitervertretungen und von Mitarbeitenden. (24.11.10)

■ **EKKW rechnet mit weniger Kirchensteuereinnahmen**

Hofgeismar (epd). Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) rechnet in diesem Jahr mit fünf bis sechs Prozent weniger Kirchensteuereinnahmen als im Vorjahr. Deswegen müssten die bereits 2006 eingeleiteten Einsparbemühungen fortgesetzt werden, sagte EKKW-Vizepräsident Volker Knöppel am Dienstag vor der in Hofgeismar tagenden Kirchensynode. Dazu zählten zum Beispiel die Reduzierung des Personals unter Nutzung der altersbedingten Fluktuation sowie die Verringerung der Mittel für die Bauunterhaltung.

"Auch im kommenden Jahr dürften die Kirchensteuereinnahmen trotz günstiger Konjunkturentwicklung rückläufig sein", prognostizierte Knöppel. Verantwortlich dafür seien die zu Beginn des Jahres noch einmal abgesenkten Einkommensteuersätze, ein erhöhter Kinderfreibetrag sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen. Erst ab 2012 könne wieder mit einem Anstieg gerechnet werden. "Eine große Steuerreform wäre auf jeden Fall mit erheblichen Kirchensteuerausfällen verbunden", warnte er.

Die Pro-Kopf-Gesamtsteuereinnahmen der Landeskirche lagen 2009 nach den Angaben des EKKW-Vizepräsidenten bei 144 Euro. Damit nahm die EKKW Platz zwölf der 22 Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ein. Die höchsten Pro-Kopfeinnahmen verzeichnete die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) mit rund 252 Euro. Die EKHN rechnet mit 40 Millionen Euro mehr an Kirchensteuereinnahmen.

Knöppel beklagte in seinem Finanzbericht ferner eine "aggressive Polemik" gegenüber den Kirchen in der momentanen öffentlichen Diskussion. Ursache hierfür sei insbesondere das "Violettbuch Kirchenfinanzen" des Autors Carsten Frerk. In der Diskussion gehe es aber weniger um die recherchierten Zahlen, sondern um deren Deutung.

Als Beispiel nannte Knöppel die Kindertagesstättenarbeit. Die Kirchen erhielten staatliche Mittel nicht etwa dafür, dass sie Kirchen seien, sondern weil sie hier für die Gesellschaft eine Dienstleistung erbrächten, zu der sie sogar noch 20 Prozent Eigenmittel beisteuerten. Offenbar neide man den Kirchen diese Mittel und lasse außer Acht, dass es eine bewusste Entscheidung sei, gesellschaftliche Aufgaben nicht zuerst vom Staat, sondern von anderen gesellschaftlichen Gruppen wie den Kirchen erfüllen zu lassen. (23.11.10)

■ **Bischof Hein: Islam ist in Europa längst heimisch**

Hofgeismar (epd). Der Islam ist dabei, sich immer stärker zu regionalisieren. Dies betonte Bischof Martin Hein am Montagabend auf der Synode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) in Hofgeismar. Hein äußerte sich im Rahmen einer Aussprache über seinen Bericht, in dem er sich am Vormittag für einen christlich-islamischen Dialog ausgesprochen hatte. In Teilen Europas, so Hein, sei der Islam, wenn auch als Minderheit, zudem schon längst heimisch.

Integration sei aber ein Ziel, das lange Zeit brauche, so Hein weiter. Auch die Hugenotten (protestantische Flüchtlinge aus Frankreich) hätten mehr als 150 Jahre gebraucht, bis sie ihre Gottesdienste in deutscher Sprache gefeiert hätten. Hein hatte in seinem Bericht betont, dass man im Dialog mit Muslimen auch die Verfolgung von Christen in vielen Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ansprechen und die "Missachtung von Menschenrechten durch islamische Fundamentalisten und Unrechtsregime" verurteilen müsse.

Der Synodale und SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Roth aus Bad Hersfeld wies darauf hin, dass es eine tiefsitzende Angst vor Muslimen in der Mitte der Gesellschaft gebe. Der Islam müsse daher in die Mitte der Gesellschaft geführt werden. Integration sei vor allem eine Frage von Bildung.

Die Direktorin des hessischen Diakoniezentrum Hephata in Schwalmstadt, Barbara Eschen, sagte, dass Muslime in der EKKW und ihrem Diakonischen Werk nicht eingestellt würden. Dafür gebe es zwar gute Gründe, die Außenwirkung solcher Bestimmungen seien aber "problematisch". Im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau wird gerade über eine "interkulturelle Öffnung" beispielsweise im Kindertagesstättenbereich diskutiert. (24.11.10)

■ Landesdiakoniepfarrer plädiert für Erhalt von evangelischen Kindertagesstätten

Hofgeismar (epd). Für den Erhalt und die Ausweitung der Arbeit von Kindertagesstätten in kirchlicher Trägerschaft hat sich am Dienstag der kurhessische Landesdiakoniepfarrer Eberhard Schwarz ausgesprochen. Die 221 Tageseinrichtungen mit rund 14.000 Kindern leisteten einen kaum zu hoch zu bewertenden Beitrag zur religiösen Bildung, sagte Schwarz vor der Synode der kurhessischen Kirche in Hofgeismar. Insbesondere in die Betreuung der unter Dreijährigen müsse man verstärkt einsteigen.

Der Landesdiakoniepfarrer wies zugleich darauf hin, dass die Kindertageseinrichtungen die Kirche jährlich mehr als 3,7 Millionen Euro kosteten. In der Regel sehe der Finanzierungsschlüssel so aus, dass 90 Prozent der ungedeckten Kosten von den Kommunen und zehn Prozent von der Kirche getragen würden.

Schwarz berichtete ferner von der immer stärkeren Nutzung der Angebote der zwölf regionalen Diakonischen Werke in Kurhessen-Waldeck. Durch verringerte Mittelzuweisungen der Landeskirche gerieten diese Werke aber nun in eine finanzielle Krise und müssten ihre Rücklagen angreifen, warnte Schwarz. Eine neue Finanzstruktur müsse hier Abhilfe schaffen. Zudem wäre es wünschenswert, eine Diakoniestiftung ins Leben zu rufen. Die Erträge hieraus könnten insbesondere für eine Projektförderung genutzt werden. (23.11.10)

■ Sieben Jahre Haft für Ordenspriester wegen sexuellen Missbrauchs - Übergriffe gegen sechs Ministranten

Kassel/Fritzlar (epd). Zu sieben Jahren Freiheitsentzug hat am Donnerstag der 5. Strafsenat des Kasseler Landgerichts einen katholischen Ordenspriester wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger verurteilt (AZ: 4844 Js 17495/10). Der 50-Jährige hatte gestanden, in der Zeit von 1994 bis 2003 in Fritzlar sechs Ministranten in insgesamt 155 Fällen missbraucht zu haben. Das Bistum Fulda hatte sich im Mai dieses Jahres nach Hinweisen an die Staatsanwaltschaft gewandt, Mitte Juni erließ das Amtsgericht Fritzlar Haftbefehl gegen den Priester

Das Mitglied des Prämonstratenserordens war in Fritzlar als Schulpfarrer an einer katholischen Schule tätig und für die Ausbildung der Ministranten zuständig. Die zum Teil aus schwierigen familiären Verhältnissen stammenden Kinder hätten größtes Vertrauen in den Angeklagten gehabt, der zugleich auch ihr Beichtvater gewesen sei, sagte die Staatsanwältin in ihrem Plädoyer. Diese seien unter dem Vorwand wissenschaftlichen Interesses und der Gesundheitsfürsorge von ihm sexuell missbraucht worden. Die Taten hatte der Angeklagte auch auf Video aufgenommen.

Der Vorsitzende Richter warf dem Angeklagten vor, sich seine Opfer gezielt ausgesucht zu haben. Er sei pädophil und habe ein ausgeklügeltes System entwickelt, um das Vertrauen seiner Opfer zu missbrauchen. Bei der Urteilsfindung habe man aber auch die Kooperationsbereitschaft des Angeklagten sowie sein umfassendes Geständnis gewürdigt, das den Opfern, die heute noch unter den Folgen litten, einen Auftritt vor Gericht erspart habe. Hätte es diese Fälle nicht gegeben, wäre der Angeklagte durchaus eine große Bereicherung für das kirchliche Leben in Fulda gewesen, wies der Richter auf das hohe Engagement des Priesters in der Jugendarbeit hin.

Der Angeklagte selbst schilderte, dass er sich erstmals 2003 einem Beichtvater wegen der Vorfälle anvertraut habe. Dieser habe ihm geraten, sich der Polizei zu stellen. Stattdessen habe er aber versucht, durch verstärktes kirchliches Engagement sowie die Übernahme einer Patenschaft für ein Kind in Afrika das Geschehene wieder gut zu machen.

Die Staatsanwaltschaft hatte für die Vergehen, zu denen auch noch der Besitz von Kinderpornografie kam, ebenfalls eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren gefordert. Die Verteidigung hatte erklärt, das Urteil in das Ermessen des Gerichts stellen zu wollen. Gegen das Urteil ist eine Revision möglich. (26.11.10)

■ **Mitgliederkartei der Bekennenden Kirche in Marburg entdeckt**

Marburg/Kassel (epd). Im Keller des Melanchthonhauses in Marburg ist eine Mitgliederkartei der Bekenntnisgemeinden der Stadt aus der Zeit des Nationalsozialismus entdeckt worden. Wie die Leiterin des Archivs der kurhessischen Kirche, Bettina Wischhöfer, am Montag in Kassel mitteilte, umfasst der Bestand rund 1.900 Karten. Darunter sei auch die des Dekans der Marburger Theologischen Fakultät und führenden Kopfes der Bekennenden Kirche in Kurhessen-Waldeck, Hans von Soden.

Die Karten seien bereits im Frühjahr im Rahmen der landeskirchlichen Archivpflege beim Stadtkirchenkreisamt entdeckt und inzwischen erschlossen worden, berichtete Wischhöfer. Sie seien zuvor vermutlich im Marburger Philippshaus aufbewahrt worden.

In der Bekennenden Kirche wehrten sich evangelische Christen gegen den Versuch der Gleichschaltung von Lehre und Organisation der nationalsozialistisch geprägten Deutschen Evangelischen Kirche. Ihre Bekenntnisgrundlage war die sogenannte Barmer Theologische Erklärung vom Mai 1934. (29.11.10)

■ **Kirchengemeinde sammelt Spenden beim Bäcker**

Fulda (epd). Mit der Aufstellung von 70 Spendendosen in 30 Filialen einer Großbäckerei

im Raum Fulda will die evangelische Kreuzkirchengemeinde in Fulda Geld für ein neues Gemeindezentrum sammeln. Schon seit Jahren verzeichne die in einem neuen Wohngebiet angesiedelte Gemeinde ein „Wachstum gegen den Trend“, schilderte Gemeindepfarrer Stefan Bürger die ungewöhnliche Entwicklung. So sei die Gemeinde von 300 Mitgliedern im Jahr 1964 auf nunmehr knapp 2.300 gewachsen. „Uns fehlen schlichtweg die Räume“, sagte er. Insbesondere bei den einmal monatlich angebotenen Gottesdiensten zu einem besonderen Thema platze man aus allen Nähten.

Die Kosten des auf 200 Quadratmeter angelegten neuen Zentrums schätze man auf rund 400.000 Euro, so Bürger weiter. 60.000 Euro davon wolle man durch Spenden einwerben. „Wir brauchen in Zukunft andere Formen der Finanzierung“, wies Dekan Bengt Seeberg auf die sinkenden Einnahmen aus der Kirchensteuer hin. Gemeindepfarrer mussten stärker als bisher auch eine unternehmerische Haltung einnehmen. Bei den attraktiven Angeboten der Gemeinde handele es keineswegs um bloße „Events“, sondern um sinnstiftende Inhalte. „Sonst hätten wir auch keinen so hohen Zuspruch“, gab sich Seeberg überzeugt.

Der Geschäftsführer der Bäckereikette Pappert, Manfred Klüber, gab an, schon in den Vorjahren in seinen Filialen stets für wohltätige Zwecke in der Adventszeit gesammelt zu haben. Zwar werde bei der Aktion sicher kein Reichtum zusammenkommen, aber da er überzeugt davon sei, dass die Kirche in der Wertevermittlung gute Dienste leiste, habe der Aktion gerne zugestimmt. Wie lange die Dosen in den Filialen stehen bleiben sollen, sei noch nicht entschieden. (26.11.10)

■ Hessischer Leseförderpreis an drei Büchereien und ein Lese-Projekt

Kassel (epd). Drei Büchereien und ein Lese-Projekt sind am Freitag in Kassel mit dem Hessischen Leseförderpreis 2010 ausgezeichnet worden. Der Preis stehe für den hohen Stellenwert einer aktiven Leseförderung in Hessen, sagte die Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva Kühne-Hörmann bei der Preisvergabe. Die mit insgesamt 15.000 Euro dotierte Auszeichnung geht an die Gemeindebücherei Jesberg, das Netzwerk Leseförderung Rheingau-Taunus, die Stadtbibliothek Wetzlar und die Stadtbücherei Lauterbach.

Mit dem Preis würden Bibliotheken, Büchereien und andere öffentliche Einrichtungen in den Blickpunkt gerückt, "die sich mit herausragenden, spannenden und interessanten Projekten um die Leseförderung" von Kindern und Jugendlichen verdient machten, sagte die Ministerin. Der Preis wird seit elf Jahren vergeben. (26.11.10)

■ Jüdische Gemeinde in Marburg erhält neue Torarolle

Marburg (epd). Erstmals seit dem Nationalsozialismus erhält die Jüdische Gemeinde in Marburg eine neue Torarolle. Sie wird an diesem Sonntag feierlich übergeben, teilte die Gemeinde am Dienstag mit. Die alten Torarollen waren 150 Jahre lang in Gebrauch und zum Teil nicht mehr lesbar.

Die Feier beginnt um 15 Uhr im Landgrafensaal des Staatsarchivs Marburg. Nach traditionellem Brauch vollendet zunächst der Toraschreiber die Rolle, indem er die letzten Zeilen hinzufügt. Anschließend wird die Gebetsrolle in einer Prozession in die Synagoge gebracht und in den Schrein gelegt. Dort bewahrt die Gemeinde ihre Gebetsrolle auf. "Die Lesung im Gottesdienst erfolgt auf Hebräisch und erfordert besondere Fähigkeiten, da die Tora ohne Punkt und Komma geschrieben ist", so die Gemeinde.

Die neue Rolle wurde durch Spenden finanziert. Eine Torarolle entsteht in mühevoller Handarbeit, was fast ein Jahr dauert. Zur Beschriftung des Pergaments darf der Schreiber nur eine echte Feder verwenden. Das Pergament wird anschließend auf besondere Holzstäbe aufgezogen.

Bereits seit dem 13. Jahrhundert leben in Marburg Juden. Am 9. November 1938 brannten Nationalsozialisten die Marburger Synagoge nieder. Die Torarollen konnten zwar vor den Flammen gerettet und nach dem Krieg an eine Übergangsgemeinde übergeben werden. Doch sei über deren Verbleib "nichts weiter bekannt", sagte die Sprecherin der Gemeinde, Monika Bunk, dem epd.

Erst in den achtziger Jahren entstand wieder eine kleine jüdische Gemeinde, die in den neunziger Jahren durch Zuzug aus Osteuropa wachsen konnte. 2005 wurde eine neue Synagoge eingeweiht. (23.11.10)

■ **Präsident der Kriegsgräberfürsorge wiedergewählt**

Wiesbaden/Kassel (epd). Reinhard Führer (65) ist für vier weitere Jahre zum Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge gewählt worden. Wie die Pressestelle des Volksbundes am Freitag in Kassel mitteilte, erhielt Führer auf dem Bundesvertretertag in Wiesbaden 69 der abgegebenen 72 Stimmen.

Führer war von 1975 bis 2001 CDU-Abgeordneter im Berliner Landesparlament. 1991 wurde er zu dessen Vizepräsidenten gewählt, 1999 bis 2001 wirkte er als dessen Präsident. Im März 2001 übernahm er den Vorsitz des Landesverbandes Berlin im Volksbund, seit November 2002 leitet er als Präsident die Geschicke der international tätigen Organisation.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist ein gemeinnütziger Verein, der im Auftrag der Bundesregierung die Gräber der deutschen Kriegstoten der beiden Weltkriege erfasst, erhält und pflegt. Der Volksbund betreut derzeit 827 Kriegsgräberstätten in 45 Staaten. Ein wichtiges Anliegen des Volksbundes ist die internationale Jugendbegegnung. Die Arbeit steht unter dem Motto: "Versöhnung über den Gräbern - Arbeit für den Frieden". (26.11.10)